



Universität Bielefeld

**Forschungsschwerpunkt
Entwicklungssoziologie**

**Sociology of Development
Research Centre**

Fakultät für Soziologie

Universität Bielefeld - Postfach 100131 - 33501 Bielefeld, Germany / Telefon (0521) 106-4650/4221, Fax (0521) 106-2980
<http://www.uni-bielefeld.de/sdrc>, E-Mail: sdrc@uni-bielefeld.de

Working Paper N° 251

Weltfrauenkonferenz und Forum der
Nichtregierungsorganisationen in Peking
internationale Frauenbewegungen
als Vorreiterinnen einer Globalen Zivilgesellschaft?

Gudrun Lachenmann

Bielefeld 1996

ISSN 0936-3408



Weltfrauenkonferenz und Forum der Nichtregierungsorganisationen in Peking – internationale Frauenbewegungen als Vorreiterinnen einer globalen Zivilgesellschaft?

Gudrun Lachenmann

1. Von der Frauenförderung zur internationalen Frauenpolitik

Frauen sind in den letzten Jahren nicht mehr nur als allseits Diskriminierte, sondern zunehmend als 'Subjekte' der internationalen Politik (Lachenmann 1995) anzusehen. Was die im Rahmen der Weltfrauenkonferenzen initiierten NRO- oder Parallelkonferenzen anbelangt, um deren letzte es im folgenden geht ¹⁾, denke ich, daß die internationalen Frauenbewegungen eine neue, globale Form und Qualität des Politikmachens eingeführt haben, nämlich eine internationale Vernetzung, internationale Foren, Prozesse zur Vorbereitung der Konferenzen als dezentrale Diskussionsmöglichkeiten etc. Damit haben die Frauen, und in Peking wurde mir diese These erhärtet, einen wichtigen Schritt zur Konstitution einer globalen Zivilgesellschaft getan, auf den der "Rest der Welt" erst einmal reagieren muß. Darin impliziert ist, daß Frauenorganisationen und Frauenbewegungen weltweit in den einzelnen Ländern eine entscheidende Kraft der Zivilgesellschaft und damit Subjekte der dort ablaufenden Transformationsprozesse geworden sind (Lachenmann 1992b), und sie tun gut daran, den internationalen Armutsdiskurs, der sie zu "verletzlichen" Objekten macht, die den negativen "Impakt" auf ihre Gesundheitsversorgung etc. beklagen, grundlegend umzudrehen, indem sie die Frage der Macht in der Geschlechterordnung auch in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht stellen.

In Peking ²⁾ wurde nicht zuletzt deutlich, daß die internationale Frauenbewegung sich dessen sehr bewußt ist, daß das Errungene konsolidiert - und im Grunde erst realisiert - werden muß ³⁾, daß nicht zuletzt für die auf anderen UN-Konferenzen getroffenen Vereinbarungen gekämpft werden muß und daß überall der bekannte 'backlash' zu verzeichnen ist. Jedoch ist sehr viel Selbstsicherheit zu erkennen, eine selbstverständliche Übernahme von Positionen und von Agieren, eben gerade von Frauen aus der sog. Dritten Welt, in internationalen Organisationen, ohne daß damit, wie ich denke, (grundsätzlich) eine Vereinnahmung und Bürokratisierung der Frauenforderungen -symbolisiert durch die Forderung des 'empowerment', die Stärkung der Frauenmacht, die jetzt in aller Munde ist - einhergeht (Smyth 1995). Vielmehr haben die Vorbereitungsprozesse und das eine Woche vor der UN-Weltfrauenkonferenz begonnene und eine Woche parallellaufende NRO-Forum sowie diese offizielle Konferenz der Regierungen (+ Vatikan) selbst erstmals überhaupt einen Diskurs über weltweite Werte und Grundsatzfragen im Hinblick auf sehr konkrete Probleme angestoßen und damit ein entscheidendes zivilgesellschaftliches Element in die herkömmliche internationale Politik gebracht.

¹⁾ Begonnen hatten die Frauenkonferenzen mit dem internationalen Jahr der Frau 1975 in Mexiko, wo die Weltfrauendekade ausgerufen wurde. Auf halbem Wege fand 1980 eine Konferenz in Kopenhagen statt, auf der ein Aktionsprogramm verabschiedet wurde. 1985 verabschiedete man die wichtigen "zukunftsorientierten Strategien" auf der 3. Weltfrauenkonferenz in Nairobi. Seither wurden weltweit in allen Ländern Instanzen bis hin zu Ministerien für Frauenförderung eingeführt. Auf dem damaligen Forum hatte das Frauennetzwerk aus dem Süden, DAWN, die Forderung nach "empowerment" der Frauen vorgelegt, die jetzt zur offiziellen internationalen Strategie erhoben wurde (dazu Wichterich 1995).

²⁾ Ich selbst nahm, als Mitglied einer "Nicht-Regierungsorganisation", der Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Entwicklungsdienst AGKED, im Auftrag der Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst der EKD registriert (der ich dafür an dieser Stelle danke), am Forum teil, nicht jedoch an der Regierungskonferenz, an der man nur als Journalistin, offizielle Beobachterin einer NRO oder (kooptiertes) Mitglied einer Regierungsdelegation teilnehmen konnte. Ich kam nur an zwei Tagen in den genau abgesteckten Lobbying-Bereich, wo ich an dem Briefing durch die NRO-Frauen und an zwei Sitzungen von Arbeitsgruppen, den sog. "Caucus" (zur Frage der Einbeziehung der multilateralen Verschuldung in der Ökonomie-Arbeitsgruppe, und zur Frage des Lobbying in der Basisgruppen-Arbeitsgruppe), teilnahm.

³⁾ Das Positionspapier des Drittwelt-Netzwerkes DAWN, Development Alternatives for Women for a New Era, zu Peking hatte den Titel "Securing our gains and moving forward to the 21 st Century". Es sah die Art der Vereinnahmung der von ihm seinerzeit in Nairobi

vorgelegten Strategie des "empowerment" allerdings skeptisch (DAWN 1995).

Im Gegensatz zu früheren Auseinandersetzungen über den Zynismus und Rassismus in der internationalen Frauenbewegung war auf dem Frauenforum in Peking ein viel selbstverständlicherer und entkrampfterer Umgang zwischen Frauen zu verzeichnen, die die internationale Solidarisierung der Frauenbewegungen angesichts der weltweiten ökonomischen und rassistischen Unterschiede lange Zeit als zynisch abgetan hatten. Nicht zuletzt wurde dies in der selbstverständlich gemeinsam geführten Diskussion über die mögliche Bekämpfung aller Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit von Frauen, wie z.B. der Beschneidung, klar. Hier hatten lange Zeit Frauen aus dem Süden jegliche Beantwortung der sensationslüsternen Nachfrage der Nord-Frauen abgelehnt. Anna Deavere Smith, die, wie sie sagte, einen nigerianisch-britischen Pass hat und bei der Akina Mama Africa Development Organisation arbeitet (die als Hilfsorganisation für Afrikaner in Großbritannien begann und jetzt Advocacy, Lobbying und Networking betreibt), sagte, daß sie, wenn Leute sie fragen wo sie her ist, antwortet: "I am here, there, and everywhere".

2. Frauen und neue Weltordnung - oder "Weltunordnung" (Ilse Lenz 1994)

Frauen und Umwelt, Bevölkerung

Bei der Regierungskonferenz in Peking wurden, trotz des wenig ermutigenden Nachfolgeprozesses der Rio-Umweltkonferenz (Wichterich 1992), als Hauptursache der globalen Umweltverschlechterung deutlich die nicht-nachhaltigen Konsum- und Produktionsmuster, insbesondere der Industrieländer, angesprochen.

Den Vorbereitungsprozeß für Peking hat die damals als Nicht-Regierungsorganisation, entstandene Frauentumweltorganisation WEDO, mit Sitz in New York, ganz entscheidend über ihr Lobbying beeinflusst, indem sie praktisch den gesamten Kontakt zwischen internationaler Frauenbewegung und UN-Apparat steuerte und den Women's Linkage Caucus zur Information der NRO-Teilnehmerinnen organisierte. Hier kam von manchen Stellen der sonst nicht gehörte Vorwurf, die Frauen der amerikanischen Frauenbewegung seien zu einflußreich. Das Problem ist jedoch, daß hier inzwischen eine Vernetzung zwischen Frauen im UN-System und außerhalb desselben stattgefunden hat, bzw. viele Frauen innerhalb des offiziellen UN-Apparates (vorübergehende) Aufgaben übernommen haben, wobei die Amerikanerinnen das System am besten kennen (WEDO 1995)⁴⁾. Auf dem Forum organisierte WEDO als Miami-Nachfolge den Women's Congress for a Healthy Planet (Daughters of the Earth 1995..." dedicated to the Chinese goddess Nu Kwa, the Great Mother who repaired the universe, establishing harmony and balance to nature's patterns"); Themen waren "trade, global economy and women's local responses; technology, work and the environment". Danach folgten Veranstaltungen an fünf Tagen, die durch verschiedene weltweite Netzwerke gestaltet wurden, die allerdings nicht mehr den großen Widerhall fanden.⁵⁾

⁴⁾ Die treibende Kraft bei WEDO ist nach wie vor Bella Abzug, vom Women's Foreign Policy Council USA, weitere Vorstandsmitglieder sind die prominenten Dritte-Welt-Umwelt-Aktivistinnen und Feministinnen Wangari Maathai, die Koordinatorin des Green Belt Movement in Kenia, und Vandana Shiva, von der Research Foundation for Science, Technology and Natural Resource Policy, Indien. Geschäftsführende Direktorin ist Susan Davis.

⁵⁾ Ich nahm an der zweiten Veranstaltung teil, auf der verschiedene Frauen über konkrete Fälle negativer Auswirkungen ökonomischen und ökologischen Strukturwandels und über gegengerichtete Basisaktivitäten berichten sollten. In einer Art Hearing nahmen drei Juristinnen (aus Guayana, Australien und Schweden) dazu Stellung (s. Rodenberg 1996).

Was den Anschluß an die Bevölkerungskonferenz in Kairo 1994 (Wichterich, Hrsg., 1994) anbelangt, so wurde in Peking - dazu wurde von verschiedener Seite aufgerufen, z.B. von Hilary Clinton - versucht, von der in Kairo extrem aufgetretenen Polarisierung um die Frage der reproduktiven Rechte und der Gesundheit der Frauen (letztendlich die Frage der Abtreibung) wegzukommen, um sich mehr den Fragen der ökonomischen und politischen Rechte zuzuwenden. Letztendlich kam es dann in dem (nicht nach internationalem Recht verbindlichen) Abschlußdokument zu einer relativ schwachen Lösung, bei der zwar von "verschiedenen Formen der Familie" die Rede ist (World Conference 1995, S. 15) (d.h. damit ist die herkömmliche, im Grunde westliche Kleinfamilienidylle als allein mögliches Modell aus der Debatte, und damit sind alle anderen Formen des Zusammenlebens denkbar), der Begriff der verschiedenen "sexuellen Orientierungen" jedoch nicht akzeptiert wird.

Menschenrechte /Frauenrechte

In der Erklärung und der Plattform (World Conference 1995,1, S. 92 - 102) wurden im Anschluß an die Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 (Hamm 1994) Frauenrechte als Menschenrechte und diese als universell gültig anerkannt. Gewalt gegen Frauen (D, S. 51 - 58) wurde verdammt, deren besondere Betroffenheit in "bewaffneten Konflikten" (E, S. 59 - 68) und ihre Bedeutung bei friedenschaffenden Maßnahmen hervorgehoben: als Ziel (E.4, S. 65) wird die "Förderung des Beitrags der Frauen zur Schaffung einer Kultur des Friedens" genannt.

Soziale Entwicklung, Armut und ökonomische Rechte - Verletzlichkeit vs. ökonomische Akteure

Der Begriff der "menschlichen Entwicklung", der absurderweise als Neuerung in der internationalen entwicklungspolitischen Diskussion eingeführt wurde (UNDP Human Development-Bericht), geht mit der Frauenfrage sehr klassisch, als "Indikator" im technokratischen/modernistischen Sinne, um. Es gibt nach dem human development index eine Rangordnung der Länder, wenn man aber die Position der Frau berücksichtigt, dann verschlechtert sich plötzlich bezeichnenderweise die Position bestimmter Länder. Der letzte Bericht behandelt jedoch explizit die Frauenproblematik und kam gerade zu Peking heraus (UNDP 1995).

Auf dem Sozialgipfel im März 1995 in Kopenhagen wurde es als Fortschritt angesehen, daß das Aktionsprogramm (4.b und 64.b) auf die Bedeutung von "unremunerated productive work" hinwies. Tatsächlich ist die alte Diskussion um Lohn für Hausarbeit jetzt insoweit in die internationale Debatte eingegangen, als dazu aufgerufen wird, in getrennten Konten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die unbezahlte Frauenarbeit zu erfassen, um ihren Wert zu demonstrieren. Ich sehe allerdings hier sehr viele methodologische Schwierigkeiten, nicht zuletzt, weil der Subsistenzproduktion meistens kein Begriff zugrunde gelegt und sie vielmehr als rückständig angesehen wird, und weil höchstens Hausarbeit im modernen Sinne berücksichtigt würde.

In der vorbereitenden Plattform für Peking (Economic and Social Council 1995) wurde auf Frauenforschung nur im Hinblick auf statistische Dienste hingewiesen; in der tatsächlich verabschiedeten Plattform (World Conference 1995) ist dann von der Notwendigkeit der Erarbeitung "konzeptioneller und praktischer Methodologien" (S. 28) die Rede, aber nirgends ist explizit die Bedeutung feministischer Forschung angesprochen.

In den vorbereitenden Dokumenten zu Peking war die große Problematik der fehlenden eigenständigen sozialen Sicherung von Frauen nicht als solche erkannt worden (Lachenmann 1995). In Peking wurde darüber auch nicht grundlegend diskutiert; akute Probleme

überwogen, aber das Problem wurde doch benannt, wenn auch erstaunlich vorsichtig (World Conference, S. 16 , § 54).

Dort wurde im Armutskapitel darauf hingewiesen, daß soziale Sicherungssysteme vor allem hinsichtlich der Altersversorgung von der Vorstellung permanenter Lohnarbeit ausgehen und Frauen diese Bedingungen typischerweise nicht erfüllen. Es wird jedoch nach wie vor keine eigenständige soziale Sicherung für Frauen gefordert, auch wenn die besonderen Benachteiligungsformen genannt werden (S. 73, 180 b), wobei die Diskussion sich nach wie vor insbesondere an dem formalen Beschäftigungssektor orientiert. Ein Begriff von Sozialpolitik ist nicht vorhanden.

Armut (World Conference, A, S. 21 - 28) und Ökonomie (F. S. 68 - 82) sind zentrale Kapitel in der verabschiedeten Plattform. Zwar ist nach wie vor kritisch anzumerken (Lachenmann 1995, S. 6), daß diese Kapitel überhaupt getrennt bzw. nicht ineinandergehend abgefaßt sind, aber die fortschreitende Veränderung der Entwürfe und die letztendlich verabschiedete Plattform zeigten, daß in die Betrachtungsweise der ökonomischen Strukturen tatsächlich ein weiblicher Analyseblick (dazu Kabeer 1994) hineinkam, der so in keinem internationalen Dokument oder Politikansatz vorhanden ist. Dies gilt - über die Frage der unbezahlten Hausarbeit und "Arbeit für die Gemeinschaft" hinaus, was mehr für die industrialisierten Länder zutrifft - auf der einen Seite vor allem für die besondere Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit und unsichere Arbeitsverhältnisse, und auf der anderen Seite auch für die Bedeutung der Arbeit von Frauen im sog. informellen oder "selbständigen" oder "selbstbeschäftigten" Bereich. Einerseits werden hier besondere Unsicherheit und die geringe Bezahlung angesprochen, andererseits wird auch ein positiver Ansatz gesehen, so daß die dominante männliche formale Ökonomie nicht mehr als alleiniges Ideal erscheint.

In dem Armutskapitel wird entgegen früheren, lediglich symptomorientierten Ansätzen auf die Notwendigkeit "struktureller" Armutsbekämpfung hingewiesen und ein aktiver, d.h. im ökonomischen und nicht (nur) im Sozialhilfe-Bereich angesiedelter Ansatz der Sicherung des Zugangs zu Ressourcen propagiert.

Wesentlicher Tenor des Ökonomiekapitels ist, und hier spielen sicherlich die nicht sehr positiven Erfahrungen mit "einkommenschaffenden Maßnahmen" und anderen Programmen der Entwicklungspolitik eine Rolle, daß Frauen an der Politikformulierung und den "ökonomischen Strukturen" teilhaben sollen. Es wird immer wieder betont, daß Frauen mitbestimmen sollen und die besonderen Auswirkungen berücksichtigt werden sollen. Im Hinblick auf Strukturanpassungspolitik und Transformationen, erfolgt dies jedoch typischerweise sehr allgemein und praktisch ohne Konkretisierung. Angesprochen werden müßten Liberalisierung, Märkte, konkrete Wirtschaftspolitik, alle Bereiche, in denen es noch sehr wenig Forschung gibt, bzw. die vorhandene Forschung aus den soziologischen und sozialanthropologischen Bereichen nicht rezipiert wird.

Wichtig im ökonomischen Bereich ist die in der Debatte über das Thema der Gleichheit sehr strittige Frage nach der Gleichheit der Erbrechte und damit nach Landeigentum von Frauen. Hier wurde, auch mit Druck der afrikanischen Länder gegen die islamisch orientierten Regierungen, die Regelung der Gleichheit durchgesetzt. Allerdings ist dieses ein Beispiel für einen Bereich, in dem die Aktionsplattform weit von der Realität entfernt ist, gerade auch in Afrika. Außerdem haben diese Regierungen eine Anmerkung durchgesetzt, gemäß welcher die Umsetzung natürlich mit den kulturellen Gegebenheiten des Landes in Einklang sein muß, womit im Grunde wieder alles in Frage gestellt werden kann. Jedoch ist angesichts des weltweiten Übergewichts der Werte-Debatte nach westlichem Vorbild kaum etwas anderes zu erwarten. Für die Frauenorganisationen in den Ländern, die zeigen das "Maghreb-Parlament" auf dem Forum (s. unten) sowie frühere Erfahrungen mit der Konvention gegen die Diskriminierung der Frau, (1979), sind diese Vereinbarungen ein wichtiger Bezugsrahmen.

Weitere Kapitel der Plattform sind Bildung, Gesundheit, Medien, die Belange junger Mädchen und Umwelt. Letzteres Kapitel (K, S. 106 - 112) zeigt immer noch die Tatsache, daß die Diskussion getrennt von den übrigen Kapiteln stattfand, auch wenn einige Korrekturen gemacht wurden.

3. Vom Mainstreaming als Programmatik der UN-Frauenposition zur Forderung nach struktureller Veränderung

In Peking stellte eine doch beachtliche Zahl von weiblichen Vorsitzenden und hochrangigen Mitarbeiterinnen von UN-Agenturen (abgesehen von dem Frauenfonds UNIFEM selbst, UNFPA, dem Fonds für Bevölkerungsmaßnahmen, UNICEF, dem Weltkinderhilfswerk, das das Thema der jungen Mädchen als ganz wichtigen Bereich in die Diskussion eingebracht hatte, u.s.w.) die Politik ihrer Organisationen dar. Die zuständige Mitarbeiterin des Entwicklungsprogramms der VN (UNDP) stellte ein sehr komplexes Modell der Einbeziehung von Frauenbelangen in alle Planungsinstrumente vor, das allerdings befürchten läßt, daß der Frauenbereich jetzt derjenige ist, in dem die sozial-technologische bürokratische Rationalität auf die weltweite Spitze getrieben wurde.

Die Debatte über die Angst vor Vereinnahmung in den mainstream (Andersen 1993; Lachenmann 1995, S. 4 f.) war in Peking nicht mehr relevant. Tatsächlich wird die "volle Beteiligung" in allen gesellschaftlichen Bereichen gefordert, allerdings aber auch daraufhingewiesen, daß Frauen nun nicht mehr nur auf die 'internationale Tagesordnung' gelangt sind, sondern diese verändern wollen. Dabei werden natürlich in ganz unterschiedlicher Weise durchaus Vorstellungen vertreten, die dahin gehen, daß dann eine 'Zivilisierung' der (internationalen) Politik möglich wäre; einige Afrikanerinnen sprechen von 'Moralisierung' der Politik. Der Tenor ist jedoch weit weg von jeglicher ontologisch anderen Vorstellung von einer von Frauen gemachten Politik. Ich denke, daß damit tatsächlich die Betonung auf der Konstitution einer (feministischen) Zivilgesellschaft liegt, die Staat und Politik nicht nur kontrolliert, sondern verändert und gestaltet.

Das geht bis hin zur globalen Zivilgesellschaft, ohne daß dies in diesem Kontext so benannt wurde, in der die Tätigkeit der internationalen Finanzinstitutionen und transnationalen Konzerne transparent gemacht werden soll - so gefordert z.B. von WIDE (1995), dem europäischen Netzwerk (Women in Development Europe). Teilweise klingt dies sicherlich noch naiv, zeugt nicht von mainstreaming, aber auch nicht von den absolut nicht als legitim bzw. funktionsfähig angesehenen, im internationalen Establishment institutionalisierten, auch von entwicklungspolitischer Seite als nicht-legitimierten und keiner inhaltlichen Debatte unterworfenen Kontrollmechanismen.

NRO oder Frauenbewegung

Was die Anerkennung der internationalen Frauenbewegung(en) als handelnde(s) Subjekt(e) und insbesondere die Verwendung des Terminus 'feministisch' anbelangt, so wird offiziell z.B. unterschieden zwischen "Frauenorganisationen und feministischen Gruppen" (World Conference 1995, S. 15, § 27), bzw. in der Erklärung wird nur von "Frauengruppen und -netzwerken und anderen Nicht-Regierungs- und anderen Basisorganisationen" (S. 6, Erklärung § 20) gesprochen. Dies zeigt den letztendlich sozial-technokratischen und keine gesellschaftstheoretischen Überlegungen zulassenden offiziellen Prozeß. Im Forum von Huairou wurde dies relativ wenig als Problem angesprochen, die

DAWN-Frauen kritisierten den Begriff der "Partizipation" als Vereinnahmung, vor allem einige lateinamerikanische Feministinnen vertieften die Bedeutung der aktiven Konstitution einer Zivilgesellschaft seitens der Frauen. Z.B. betont *Virginia Vargas* aus Peru im Plenum die neue Bedeutung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten für die internationale Frauenbewegung, die den Gegensatz des Privaten gegenüber dem Öffentlichen aufgebrochen hat, die zu einem sozialen Subjekt geworden ist und vor allem Positionen auf der mittleren Ebene der Macht eingenommen hat. Sie vertritt die Notwendigkeit, die Institutionen des Staates neu zu überdenken. Sie betont auch deren Konsolidierung als soziale Akteure, in Netzwerken, als sichtbare Kraft im Demokratisierungsprozeß. Es geht darum, die Bedingungen zu stärken, unter denen Frauen neue Themen aufbringen und Räume für ihre Forderungen schaffen können. Bei der ablaufenden ökonomischen Restrukturierung sind Frauen wenig präsent;

letztere richtet sich gegen die von ihnen geschaffenen Netze der Solidarität, fährt zu steigender sozialer Fragmentierung. Es ist notwendig, Verbindungen und Netzwerke herzustellen, die Kapazität auszubauen, um die soziale Integration zu stärken und ökonomische Netze zu knüpfen, die nicht gegen die gemeinsamen Interessen gehen, Räume und neue Formen der sozialen Verwendung von Zeit zu schaffen, nicht zu den alten Dingen zurückzugehen, wie dies die konservativen Kräfte möchten, die die globale Diversität bedrohen. Eine gewisse Einschränkung der sonst wenig hinterfragten Arbeitsteilung zwischen Regierung und Nicht-Regierungsorganisationen erfolgt durch die Betonung der vollen Anerkennung ihrer Autonomie (der Begriff wird sonst nicht inhaltlich gefüllt) (World Conference 1995, S. 6, Erklärung § 20).

In der verabschiedeten Plattform (World Conference 1995) werden in dem Kapitel (G, S. 82 - 87) zu "Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen" alle Ebenen der Gesellschaft, d.h. auch Frauen als konstitutiver Bestandteil der Zivilgesellschaft, angesprochen und tatsächlich die politische Beteiligung nicht nur auf eine formale demokratische beschränkt, obwohl dies auf dem Forum das Hauptaugenmerk war.

Ohne explizite Analyse patriarchalischer Gesellschaftsstrukturen wird doch die Grundlage der fehlenden politischen Beteiligung angesprochen: "Informelle Netzwerke und Entscheidungsmuster auf der Gemeindeebene, die ein dominantes männliches Ethos widerspiegeln, beschränken die Fähigkeit der Frauen, gleichberechtigt am politischen, ökonomischen und sozialen Leben teilzunehmen" (S. 83).

4. Der Vorbereitungsprozeß als neues Politikinstrument

In einem zweijährigen Vorbereitungsprozeß weltweit (in den Mitgliedsländern, dort meist in Arbeitsgruppen, in den Regionen und dann in zwei UN-Vorbereitungskonferenzen) wurde der Entwurf einer Aktionsplattform (Commission on the Status 1995) entwickelt, der dann auf der offiziellen Regierungskonferenz diskutiert, verändert und - zusätzlich zu einer 38 Punkte umfassenden Erklärung - verabschiedet wurde (World Conference 1995). Das Dokument ist sehr umfangreich; von den Regionen (so z.B. von Wide 1995a) und verschiedenen internationalen Netzwerken (so v. a. von der Vorbereitungskonferenz des Forums der Nicht-Regierungsorganisationen Women's Linkage Caucus 1995) wurden ausführliche Änderungsvorschläge und Kommentare vorgelegt (so auch vom "heiligen Stuhl", MD 1995). Ein geflügeltes Wort wird sicherlich aus diesem Vorbereitungsprozeß erhalten bleiben, nämlich daß das Frauenthema "entklammert" werden muß (teilweise wurde von "heiligen Klammern" gesprochen). In dem vorgelegten Entwurf waren von den unterschiedlichsten

Positionen sehr viele Begriffe, Feststellungen und Forderungen abgelehnt und deswegen in Klammern gesetzt worden.

In den Verhandlungen (in Arbeitsgruppen) ging es dann meist darum, die "Reizwörter" zu entklammern. Zum Schluß war sogar der Begriff "gender" von einigen Teilnehmerinnen in Klammern gesetzt worden, mit dem Argument, es gäbe keinen entsprechenden Begriff in ihrer Kultur. Das heißt, daß durchaus die Möglichkeit bestanden hatte, daß die ganze Idee der gesellschaftlichen Konstruktion von Geschlecht und Diskriminierung der Frau durch patriarchale Ordnung gekippt worden wäre - obwohl dies so natürlich nie diskutiert worden ist.

Die neuen wichtigen Themen sind, durchaus auch im Hinblick auf weltweit ablaufende Transformations- und Globalisierungsprozesse, vor allem Ökonomie und politische und gesellschaftliche Partizipation. Außerdem wurden neue Themenbereiche, wie "Gewalt gegen Frauen, Beitrag zum Friedensprozeß", angesprochen.

Die deutsche Bundesregierung legte, wie alle anderen Regierungen, einen nationalen Bericht vor (Bundesministerium für Familie... 1994), den die Leiterin der deutschen Delegation, Ministerin Nolte, vertrat. In ihren Äußerungen ging sie teilweise über die völlig unkritische Position des Berichtes, insbesondere hinsichtlich der Situation in den neuen Bundesländern, hinaus. Sie kritisierte die Menschenrechtsverletzungen in China, vertrat die Universalität der Menschenrechte und damit der Frauenrechte. Peinlich wurde es, als sie bei einer Diskussion auf dem Forum zur Frage der "reproduktiven Rechte" befragt wurde, in der sie natürlich eine viel engere als die international vertretene Position einnimmt. Sie entzog sich der Diskussion dadurch, daß sie sagte, daß in Deutschland jetzt eine Lösung erzielt worden sei, mit der man leben könne ... Hier zeigt sich, was bei anderen Ländern sicher auch der Fall war, ganz deutlich die extreme Heuchelei von Regierungsdelegationen im internationalen Bereich, wobei sich die deutsche Regierung ständig auf die Zuständigkeit der EU berief. Außerdem zeichnete sie sich durch männliche oberste Vertretung aus dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aus. Insbesondere was die Umsetzung der weltweiten Orientierung im BMZ angeht ist kaum mit einer Kontinuität zu rechnen, da die in Peking anwesenden Mitarbeiterinnen der Arbeitsebene neue Aufgaben wahrnehmen werden und erstaunlicherweise aus den staatlichen ausführenden Organisationen (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GTZ, Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW, Deutscher Entwicklungsdienst DED) niemand vertreten war. Die deutsche Regierungsdelegation hatte nach eigenem Ermessen - bei früheren UN-Tagungen war der Bundesregierung fehlende Zusammenarbeit vorgeworfen worden - drei Frauen aus dem regierungsunabhängigen (sic!) Bereich kooptiert: eine vom Deutschen Frauenrat (der zumindest zahlenmäßig sehr präsent war), eine von den Dritte-Welt-Organisationen im entwicklungspolitischen Bereich und eine sozusagen aus der Dritte-Welt- oder internationalen Frauenbewegung - dem in dem Vorbereitungsprozeß gegründeten NRO-Frauenforum. Letzteres hatte nach mehreren Tagungen im Laufe des Vorbereitungsprozesses (Löffler 1993) ein Memorandum an die Bundesregierung gerichtet (NRO-Frauenforum 1995).

Für die Vorbereitung hatte die Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 12 Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen Frauen aus staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen zusammenarbeiteten. Die Themen waren: Männliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen; Eigenständige wirtschaftliche und soziale Sicherung der Frau (dazu auch DSE 1995); Frauen in Führungspositionen und Entscheidungsgremien; Frauen und Medien; Frauen und Forschung; Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit für Frauen und Männer; Frauen und Entwicklungspolitik; Fluchtgründe von Frauen / Situation der Flüchtlingsfrauen in der Bundesrepublik

Deutschland; Frauen, Gesundheit, Sexualität und Familienplanung; Frauen im Alter; Frauen und Frieden; Frauen und Umwelt.

Ich nahm an der Arbeitsgruppe 7, "Entwicklungspolitik", teil, die unter der Federführung der zuständigen Referentin im BMZ tagte und daher natürlich stark von der staatlichen Seite gelenkt wurde; insbesondere fehlte die Diskussion von Grundsatzfragen. Die Berichte der Arbeitsgruppen wurden von dem zuständigen Ministerium als getrennter Bericht veröffentlicht (Berichte der 12 Arbeitsgruppen 1994). Es gab eine kurze Debatte darüber, daß diese Berichte nun nicht Teil der offiziellen Regierungsposition waren, letztendlich hatte dies international jedoch kaum Bedeutung.

5. "Looking at the world through women's eyes" - die Welt durch Frauenaugen gesehen -Das Forum der Nichtregierungsorganisationen in Huairou

Verschwinden des N-S-Gegensatzes, Professionalität der Südfrauen

Allgemein waren die Veranstaltungen, Vorträge und Diskussionen des NRO-Forums sehr gut und sehr interessant, meiner Meinung nach wurde die Thematik der Störungen seitens der chinesischen Sicherheitsdienste und die Diskussion über die Situation in China in der Presse hochgespielt. Zwar wurde tatsächlich kein eigenständiger Aktionsplan des NRO-Forums verabschiedet, wie dies Christa Wichterich kritisiert hat, aber die Regionen in den ihnen zugeordneten Plenarveranstaltungen ⁶⁾ haben ihrerseits programmatische Vorstellungen vorgetragen. Allerdings ist es richtig, daß die Frauen-NRO-Bewegung - wenn man diese Unterscheidung gegenüber der Frauenbewegung machen will, die aber nicht grundsätzlich zutrifft - sich der offiziellen Konferenz sehr angenähert hat und die Vorbereitungscommission stark professionalisiert war.

Der eigentliche Lobbying-Prozeß in Bezug auf die zu verabschiedende Aktionsplattform und Erklärung der Hauptkonferenz stand eindeutig für viele im Mittelpunkt; es war eine Art Arbeitsteilung und damit sicherlich auch eine Trennung.

Ich denke, daß insgesamt wichtig war, und dies auch thematisiert wurde, daß das Erreichte konsolidiert wird, d.h., daß empowerment keine Vereinnahmung, sondern tatsächlich eine Veränderung bedeutet. Dies betrifft die früheren Weltfrauenkonferenzen, jedoch auch die allgemeine Diagnose (Globalisierung, neue konservative Strömungen etc.). Typisch dafür ist, daß die Frauen sagen, daß sie tatsächlich nicht nur auf die Tagesordnung (agenda) kommen wollen, sondern diese verändern wollen.

Mein wichtigster Eindruck ist die Professionalität und die beeindruckende, v. a. auch regionale Vernetzung von Frauen, v. a. des Südens, die zu bestimmten Themen arbeiten. Die Frage Nord/Süd-Frauen ist kein Thema; tatsächlich erlebte ich aus der Nordamerika/Europa-Region nur zwei Referentinnen im NRO-Plenum, und die Nord-Frauen sind hier sehr im Hintergrund (auch wenn, wie gesagt, den US-Frauen sehr starker Einfluß beim Lobbying für die Hauptkonferenz vorgeworfen wird), es scheint kaum noch Berührungspunkte zu geben. Das DAWN-Netzwerk arbeitet (s. unten), ein Asien-Pazifik-Netzwerk (AWIP newsletter) für politische Tätigkeit von Frauen ist sehr aktiv, und die Gruppe feministische Ökonomie, bei der die indische Ökonomin Bina Agrawal eine bedeutende Rolle spielt, wird international sehr ernst genommen.

Diagnose der globalen Problematik, Forderung nach Konsolidierung des Erreichten, Befürchtung eines backlash

Im ersten Teil der Plenarveranstaltungen (overview & analysis of the global forces - framing the

⁶⁾ Ich besuchte die Veranstaltung der lateinamerikanischen sowie der afrikanischen Region.

questions) hob *Irene M Santiago*, die Leiterin (Executive Director) des NRO-Frauen-Forums, die Gefahr hervor, daß die erreichte Autonomie wieder verlorengehen könne. Als zentrale Themen, zu denen auf dem Forum gearbeitet werden sollte, nannte sie "poverty, power and post-Beijing" - Armut, Macht und Beijing-Folgeprozeß. Sie forderte - hier gehen sie und die anderen Plenumsprecherinnen weit über die im Aktionsplan geäußerten Informationsbedürfnisse hinaus - "solide Analysen der Frauenproblematik im globalen Kontext". In Nairobi sei klar gewesen, wo der 'Feind' war, jetzt müßten die Strategien herausgearbeitet werden, die dort funktioniert haben, oder es müßten Synergieeffekte und institutionelle Mechanismen herausgestellt und die VN, die Regierungen und die NROs zur Rechenschaft gezogen werden.

Gita Sen, Gründungsmitglied und derzeitige Koordinatorin von DAWN, des Zusammenschlusses von Dritte-Welt-Forscherinnen und des Netzwerks der internationalen Frauenbewegung (Development Alternatives for Women in a New Era DAWN), und derzeit DAWN-Koordinatorin für die Arbeitsgruppe "alternative economic frameworks", arbeitete folgende Schlüsselfaktoren heraus, die die Lebensbedingungen der Frauen derzeit prägen:

- 1) Das vorherrschende Entwicklungsmodell /-paradigma setze immer noch Wachstum gleich Wohlfahrt (in der Aktionsplattform wird sehr stark der Begriff "nachhaltiges Wachstum" verwendet, und es wird, allerdings nur zaghaft, angedeutet, daß "nicht immer" Veränderungen und Politikmaßnahmen Frauen zugute kämen, bzw. sie nicht negativ berührten).
- 2) Die Krise, Verschuldung, Nahrungsmittel-, Brennstoff-, Wasserversorgung und Sicherung der Lebensgrundlagen nehmen zu. Angesichts dieses Dilemmas stellt sie die Frage, welche Art von Vision Frauen vertreten können. Sie hält eine grundlegende Änderung des Entwicklungsansatzes für notwendig, der das Eintreten für genderjustice, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, einschließt.

Die derzeitige Globalisierung weise alte und neue Elemente auf:

- 1) die ungemilderte Infragestellung der Lebensgrundlagen, ökonomische und politische Unsicherheit, Verarmung, Umweltzerstörung, andauernde Gewalt aufgrund von Geschlecht, Klasse, Rasse, Kaste; zunehmende Reprivatisierung öffentlicher Dienstleistungen, zunehmende Ungleichheit zwischen Nord und Süd; Flexibilisierung des Einsatzes weiblicher Arbeit, einschließlich Migration;
- 2) die Globalisierung des Handels und das internationale Finanzsystem führe zu Instabilität, Druck auf Regierungen, Diktat der Bretton-Wood-Institutionen.
- 3) Der ungleiche Prozeß gestaltet ökonomische Zuordnungen (neu), schafft Gemeinsamkeiten und Unterschiede.
- 4) Es erfolgt eine Infragestellung der Ökonomischen Rolle des Staates, der unfähig ist, öffentliche Dienstleistungen zu erbringen. Internationaler Währungsfonds und Weltbank sind die Stoßtruppe der Globalisierungsprozesse, die die repressive Kapazität des Staates erhöhen.
- 5) Neue Formen der Gewalt entstehen nach Beendigung des Kalten Krieges; legaler Waffenhandel mit dem Süden, Untergrundökonomie für Waffenhandel und Geldwäsche; zunehmende Gewalt gegen Frauen in der Familie, in der Gemeinschaft, auf der Straße und durch den Staat. Die zunehmende Vorherrschaft von Medien und Kultur führe zur Verdinglichung der Körper und des Lebens von Frauen.

Was die Situation in Asien anbelangt, so erzeugt die Globalisierung nach *Gita Sen's* Analyse eine Dynamik, die zu wachsenden Ungleichheiten, resultierend aus Kosten für öffentliche Dienstleistungen, und zunehmenden Geschlechterunterschieden, besonders im Arbeitsmarkt, führt: last hired, first fired.

Der globale Markt (market place) baut auf der nicht anerkannten Arbeit der Frauen, der schlechten Bezahlung, der Ausbeutung und Unterdrückung in ihrer menschlichen Entwicklung auf.

Der allgemeine Tenor auf dem Forum war, Globalisierung als völlig negativen Prozeß darzustellen, bzw. pauschal als Schlagwort für eine Entwicklung zu verwenden, mit der im Grunde alle negativen Entwicklungen erklärt werden können. Internationaler Währungsfonds und Weltbank wurden, gerade auch in Afrika, zusammen mit der CFA-Abwertung, als die Buhmänner angesehen. Diese grundsätzlich negative Haltung angesichts negativer Folgen der Krise, insbesondere der Kürzungen der Staatshaushalte, wurde in vielen Veranstaltungen unhinterfragt übernommen, genauso wie eine pauschale, geradezu sensationslüsterne Ablehnung von Traditionen', die als frauenunterdrückend dargestellt wurden.

Gita Sen konstatiert jedoch, daß demokratische Kräfte zunehmen. Die Institutionen der Zivilgesellschaft werden stärker; Frauen sind Teil dieser Zivilgesellschaft, dadurch daß sie Frauenorganisationen auf allen Ebenen aufbauen, auf der lokalen, der nationalen und der globalen. Sie betont, daß Frauen ihre Organisationskapazität ausbauen und immer mehr Druck auf die Institutionen im Hinblick auf Transparenz und Rechenschaftslegung ausüben müssen. Es geht ihrer Meinung nach darum, die negativen Kräfte, die durch Globalisierung entstehen, zu bekämpfen; die Regierungen und Staaten zu transformieren; die Institutionen der Zivilgesellschaft aufzubauen. Gegen die, die uns herausdrängen wollen, sagen wir: "We are here, watching, we will not go away".

Die Arbeit des Netzwerks **DAWN Development Alternatives for Women for a New Era** wurde mit viel Spannung erwartet. Leider war ihre Hauptveranstaltung (aus organisatorischen Gründen, der Ort war im Programm nicht richtig angekündigt, es war die provisorische Halle) nur von einer kleinen Zahl von Teilnehmerinnen besucht, und die Veranstalterinnen waren enttäuscht, sie hatten eine Erklärung vorbereitet (DAWN 1995), die sie diskutieren und dann in die Konferenz geben wollten. Die Veranstaltung war sehr differenziert, mit Rednerinnen aus den verschiedenen Regionen, das Papier ist jedoch noch ziemlich herkömmlich kritisch gegenüber globaler Wirtschaftsentwicklung (vgl. auch Wee, Heyzer 1995). Die Vorträge gingen sehr differenziert z.B. auch auf das Verhältnis NRO-Bewegung - Staat ein (s. unten zu Afrika). Am ausdrücklichsten vertrat *Kamia Bashin* aus Indien ein eigenes Entwicklungsparadigma. Es hat sich gezeigt, so führte sie aus, daß eine people-centered Entwicklung möglich ist. Praktische Experimente, wie die Grameen Bank, SEWA SelfEmployed Women's Association, Working Women's Forum India, die Tausende kleiner Unternehmungen von Frauen in den letzten 15 - 20 Jahren gefördert haben, sowie die Chipko Umwelt-Bewegung in Indien haben es bewiesen. Ebenso erfolgte der Eintritt der Frauen in die kreative Wissensbildung, von der sie seit der Formalisierung des Wissens ausgeschlossen waren; sie stellen patriarchales Wissen in Frage, das bestenfalls halb wahr und damit überhaupt nicht wahr ist, männliche Denkmuster überhaupt. Sie sagte sehr überzeugend, daß die Frauenbewegung gezeigt habe, wie die Frauen in Dunkelheit leben; sie wollten Licht hereinbringen durch kleine Dinge: nicht-hierarchische Arbeit, kollektive Entscheidungsfindung. Dabei seien sie nicht immer erfolgreich, jedoch gehe es darum, gegen die Dualitäten Natur - Kultur, Emotion - Ratio, mind - body anzugehen und die Gesellschaft zu zwingen, die Welt durch unsere Augen zu sehen ... Sie meint, dieser Dualismus müsse nicht sein, es sei falsch, zwischen Stärke und Sorge, Yin/Yan, nurturing und love - strength zu trennen. Jeder trage den Nord-Süd-Gegensatz in sich selbst.

Neue Kluft: Säkular - Islam

Sehr beunruhigend ist eine Kluft, die sich, trotz und getrennt von der weltweiten Solidarität in Sachen Menschenrechtsverletzungen an Frauen, zwischen der großen Mehrheit, die sich gegen "neuere konservative Strömungen" wendet und praktisch säkular - wenn auch nicht immer westlich - orientiert ist (teilweise verbunden mit östlicher Spiritualität), und den Frauen aus dem islamischen Kulturkreis auftut, die sich meiner Meinung nach stark in eine - wenn auch nicht explizit als fundamentalistisch bezeichnete - Ecke gedrängt sahen und immer stärker auch die Oppositionsrolle übernahmen. Äußerlich waren sie eindeutig als die "Kopftuchfrauen" abgestempelt; eine Gruppe (wahrscheinlich aus dem Iran) führte auf dem Gelände eine Demonstration in Solidarität mit den Frauen in Bosnien-Herzegowina durch und rief u.a. "United Nations, where are you?" Der Krieg wurde als Krieg gegen den Islam interpretiert. Die Menschenrechtssolidarisierung des Forums bezog sich jedoch mehr auf die Frauen aus Tibet, bei denen einiges Spektakuläre zum Schutz der aus westlichen Ländern eingereisten Tibeterinnen gegenüber den chinesischen Sicherheitsdiensten stattfand, was in der Presse viel mehr beachtet wurde. Auch kam es einmal auf einer kleinen Veranstaltung von Kurdinnen aus dem Iran zu einer Auseinandersetzung mit (offiziellen?) Frauen (in Kopftüchern) (aus dem Irak?), die die Kurdinnen fotografierten. Westliche Frauen forderten dann deren Filme, die natürlich für die Regimekriterinnen sehr gefährlich sein können.

Gita Sen (DAWN) sprach in ihrer oben erwähnten Analyse der derzeitigen Situation von Fundamentalismus als "Wiederbelebung der patriarchalen Kräfte in fundamentalistischem Mantel". In der DAWN-Veranstaltung war davon gesprochen worden, daß Fundamentalismus eine andere Sprache spreche, die das "empowerment" der Frauen wieder zurücknehmen könne.

Im zweiten Teil der Plenarveranstaltungen fand eine Veranstaltung zu "rise of conservatism in its various forms (religious, nationalist, racial/ethnic & homophobic): strategies" statt, in der u.a. *Riffai Nassau*, Professorin für islamische Studien an der University of Louisville, Kentucky, und *Frances Kissling*, Catholics for a Free Choice/Women-Church Convergence, aus den USA, sprachen.

Erstere hielt einen sehr interessanten Vortrag über feministische Koran-Interpretation, sie war aber (sie stammt aus einer Koranglehrtenfamilie aus Pakistan, trug entsprechende elegante Kleidung mit bedecktem Kopf) sozusagen die am stärksten islamische Repräsentantin, die offiziell für einen Vortrag zugelassen war, d.h. eine Professorin aus den USA, das ist bezeichnend. Sie bezog nicht Stellung zu integristischen Strömungen, wies aber auf die große Zahl der Frauen v. a. in ländlichen Gegenden hin, die selbstverständlich in einem muslimisch geprägten Alltag leben, für die ein Ausstieg natürlich nicht zur Debatte steht und für die die so krass diskutierten Alternativen auf der Weltkonferenz so nicht relevant sind. Wichtig ist jedoch, daß allgemein grundsätzlich, und ich meine oft sehr pauschal, zwischen politischem Islam auf der einen Seite, der einen islamischen Staat fordert, und Religion auf der anderen Seite unterschieden wurde. Es fiel öfter der Satz, jede kann ihre Religion haben, wir sind nicht gegen Religion, nur gegen politische Religion.

Es kam zu einer sehr unerfreulichen Szene, aus der klar wurde, daß sich die "verschleierte Frauen" in der gesamten Veranstaltung extrem marginalisiert vorkommen mußten. In der Diskussion, die wie alle Plenarveranstaltungen sehr diszipliniert durchgezogen wurde, was Zeit und Sprecherinnen anbelangte, wurden immer nur der Reihe nach Vertreterinnen der verschiedenen Regionen zugelassen.

Nachdem schon eine Frau aus Bangladesh gesprochen hatte, wurden keine weiteren Redebeiträge aus der Region zugelassen. Eine verschleierte Frau (aus dem Iran) blieb am Mikrophon und klagte in (perfektem) Englisch die Ausschlußpraktiken an. Ich sehe es als sehr bedauerlich an, nicht zuletzt im Hinblick auf eine weltweite Vertiefung von Kluften - gerade angesichts der Polarisierungen in Kairo und dann auch der Hauptkonferenz -, daß der Gesamttenor in den Veranstaltungen gegen fundamentalistische Kräfte gerichtet war, Kulturrelativismus ständig als Waffe und Vorwurf verwendet wurde, und daß unreflektiert universelle Menschenrechte eingeklagt wurden. Dem Begriff 'Kultur' wurde dabei schon beinahe überall ideologischer Charakter zugeschrieben, und in Zusammenhang mit der Diskussion über (auf dem Forum konsensual geforderte) Gleichheit (equality) statt Gleichwertigkeit (equity), d.h. Komplementarität der Geschlechter, aber - so wird kritisiert - damit Unterordnung, wurde jegliches Abwägen abgelehnt. Auch der Bezug zu kollektiven Rechten wurde sofort mit einer Haltung gegen individuelle Menschenrechte, gegen Frau als Person, gleichgesetzt. Es war immer ein entweder - oder. Die differenzierten Töne wurden leicht überhört.

Andererseits wurde oft, gerade von Afrikanerinnen, nebenher, viel zu selbstverständlich auf die Mutterschaft hingewiesen. Die Vereinigung der Frauengruppen Senegal (Association des Groupements de Promotion Feminine) betonte, zumindest eine Rednerin tat das selbstverständlich, daß sie gegen die Gleichstellung von Töchtern im Erbrecht seien. Bei Nachfrage erklärte die Vorsitzende, sie seien natürlich grundsätzlich dafür, sähen derzeit jedoch keinerlei Realisierungschancen. Dies ist auch der Fall im Hinblick auf Polygynie, wie ich es schon früher mit den Frauen eines Bauernverbandes im Senegal erlebt habe. Sie betonten in Dokumenten, daß sie sie nicht angreifen würden, tatsächlich wollten sie es in den Diskussionen doch. Die schon früher geführte Diskussion, daß es dann doch besser wäre, die Themen gar nicht anzuschneiden, statt offiziell zu versichern, daß man nicht dagegen sei, ist hier nicht einsichtig. Hier zeigt sich für Afrika nach wie vor eine große Kluft zwischen 'Intellektuellen' und Basisorganisationsfrauen, obwohl ansatzweise durchaus Überbrückungen stattfinden, denn der erwähnte Hauptpunkt in der Regierungskonferenz, ob Menschenrechte, und damit auch ökonomische Rechte universell sind, wird von den Afrikanerinnen sehr stark vertreten.

Charlotte Bunch, die Direktorin des Centre for Women's Global Leadership, mit Sitz in Washington, sprach davon, daß die Gemeinsamkeiten und die kulturelle Diversität geopfert würden und global eine Rückkehr der Tradition zu verzeichnen sei: das Kleben an lokalen Identitäten, ethnische Fragmentierung, die Verteufelung des "Anderen". Patriarchale Formen der Religion sieht sie als eine der globalen Kräfte, die alle versuchen, Frauen zu kontrollieren - ethnische, kulturelle. Frauen lehnen solch' enge Definitionen ab. Sie führt den Begriff der demokratischen Familie ein - ein sehr kluger Schachzug angesichts des Vorwurfs der konservativen Kräfte auf der Regierungskonferenz, Feministinnen seien gegen die Familie. Sie greift hier die Herausforderung für eine Kritik an diesen Kräften auf, sie fordert den Respekt vor dem/der "Anderen", gegenüber Minderheiten. Wenn wir zulassen, daß irgend jemandem ein geringerer Grad an Menschenrechten zugestanden wird, verlieren wir; wir sind der ursprünglich "Andere".

Nur dann wenn das Recht auf Leben, Nahrung und Freiheit von Gewalt eingeräumt werde, könne man auch über Freiheit vom Staat sprechen. "Creating space for difference" - Raum für Differenz zu schaffen, das sieht sie als selbstverständliches Recht jeder Person. Die Anerkennung universeller Menschenrechte bedeutet die Bemühungen, daß Frauen als globale politische Kraft agieren.

Maghreb-Parlament: Parlement des Femmes dcms les Pays Arabes Bei der an sich schon schwierigen Veranstaltung von (westlich orientierten) Frauen aus dem Maghreb (Marokko, Tunesien, Algerien, v. a. von Juristinnenverbänden) gab es große organisatorische Probleme, die von den Veranstalterinnen als - nun wieder in die andere Richtung gehende Wahrnehmung einer Bedrohung, nämlich wohl von den politischen Druck ausübenden konservativen islamischen Staaten, Saudiarabien, Iran etc. - Ausgrenzung, beinahe Verschwörungstheorie, angesehen wurden. Ihre Veranstaltung war sehr interessant, sie stellten einen von ihrem Netzwerk erarbeiteten Modellentwurf für ein Familiengesetz (code de la famille) vor, brachten ihn vor ein "Parlament" (bestehend aus ca. 30 Teilnehmerinnen) und wollten ihn nach dessen Annahme an die offizielle Konferenz weiterleiten. Die auftretenden organisatorischen Probleme wurden von ihnen - teilweise sehr aufgeregt, sofort zu Besetzung des Podiums und offener Protestveranstaltung bereit - als unmittelbar gegen sie gerichtet interpretiert.⁷⁾

Der vorgestellte Entwurf einer Familiengesetzgebung beruht auf vier Prinzipien, so wurde betont:

auf der Bedeutung des historischen Hintergrunds, der Wahl einer "modernistischen" Option (dieser Begriff wurde positiv besetzt), internationalen Normen der Gleichheit und Freiheit, physischer Integrität, Aufhebung des Ausschlusses der Frauen aus der Öffentlichkeit. In Marokko sei nach der Unabhängigkeit mit den muslimischen Rechtstraditionen gebrochen worden; im algerischen Familiengesetz von 1980 wurde der Frau ein niedriger Status zugesprochen, in Tunesien gab es seit 1956 ein "modernes" Gesetz, das Monogamie, Scheidung und das Recht des Kindes vorsah. Jetzt kehrten überall islamische Rechtsvorstellungen in alle anderen Rechtsbereiche zurück.

Die Maghreb-Frauen betonen die Universalität der Werte, die unveräußerlichen Grundrechte der Person und beziehen sich dabei auf die regionale Vorbereitungskonferenz für Peking, die für den afrikanischen Kontinent in Dakar stattgefunden hatte. In ihrem Vorschlag "Maghreb Egalite 1995" eines säkularisierten Familienrechtes verlangen sie die Abschaffung der Polygamie und der Möglichkeit der Verstoßung von Frauen, die Gleichbehandlung in der Scheidung, die gleichen elterlichen Rechte, die Abschaffung jeder Form von Diskriminierung in der Familie, die Verfügungsgewalt der Frau über ihren Körper und ihr eigenes Schicksal, kurz die Säkularisierung des Familienrechts. Die Einhaltung der Menschenrechte sehen sie als Grundstein der Demokratie, die Stärkung der Zivilgesellschaft sei notwendig.

In der Diskussion stellte eine Frau aus Pakistan, wo ebenfalls versucht wird, das "islamische Recht" zu verändern, zur Debatte, um "wessen Islam" es hier überhaupt gehe. Die Islamisierung des Rechts bedeute, Frauen und Kindern Rechte zu verweigern. Frauen werden mit der vorgeblichen islamischen Identität erpreßt, letztendlich werden sie als nicht-muslimisch, nicht-pakistanisch etc. deklariert. In Algerien wird im Namen des politischen Islam ein Klima des Horrors verbreitet, der das Prinzip des Ausschlusses der Frau betreibt, die seit 1990 die Zielscheibe der Aktion ist. In dem Familiengesetz von 1987 wurde die Frau auf Lebenszeit als unmündig erklärt. Sie betonen,

⁷⁾ Tatsächlich war ihnen der Plenarraum schriftlich zugesagt worden, in dem jedoch, wie immer, die Plenarveranstaltung stattfand. Die Plenumsorganisatorinnen reagierten souverän, besprachen die Sache und hörten eine halbe Stunde früher auf. Nachdem die Parlamentsveranstaltung gerade angefangen hatte stellte sich heraus, daß auch UNDP (Vorstellung Human Development Report) der Saal zugesagt worden war, sie mußten ihn zunächst räumen. Kurz danach verzichtete UNDP, die Veranstaltung war damit jedoch für 1 Stunde unterbrochen, was ihr einiges von der Dynamik nahm. Auch war ein ständiges Hin und Her wegen der Übersetzung in und aus dem Arabischen, ständig kam es zu Störungen. Die Veranstalterinnen sprachen absichtlich Arabisch, lehnten Französisch explizit ab (ich habe sonst keinen Vortrag mehr auf Arabisch gehört).

daß die Forderung nach dem Recht auf Differenz den Vorwand biete, die Frauen von den weltweiten staatsbürgerlichen Rechten auszuschließen.

Frances Kissling, Catholics for a Free Choice/Women-Church Convergence USA, stellte in der erwähnten Sitzung über mögliche Strategien zur Bekämpfung dieser neuen konservativen Tendenzen die Frage, warum die Regierungen dazu neigen, konservative Strömungen zu unterstützen und den Befreiungsaspekt der Religion zu vernachlässigen. Sie führt dies auf den ständigen Versuch zurück, das Leben der Frauen zu kontrollieren. Sie bezeichnet sich als katholische Feministin, als durchaus konservativ; der Vatikan konserviere jedoch das Patriarchat. Die Kirche betreibe das Prinzip der Geheimhaltung (secrecy), Intoleranz wirkt besonders im Dunkeln. Sie nennt das Beispiel der brasilianischen Nonne Yvonne Gibara, die Abtreibung als die bevorzugte Methode von armen Frauen bezeichnete, und die jetzt nach Belgien geschickt wird, zwei Jahre lang nicht schreiben und nicht in der Öffentlichkeit reden darf.

Sie wehrt sich dagegen, daß diejenigen Kräfte, die derart enge Ansichten haben, uns diese über die Staatsmacht aufzwingen; die Rolle der Regierung müsse es sein, dafür zu sorgen, daß der Glaube ohne Einmischung praktiziert werden kann. Sie fordert dazu auf, die Wahrheit zu sagen;

der Kern des Mutes sei die Wut, wir sind wütend angesichts der Ungerechtigkeit. Sie bezeichnet die oben beschriebenen Auseinandersetzungen als bedauerliche Zeichen von Mißverständnissen. *Riffat Hassan*, University of Louisville, Kentucky (aus Pakistan), betreibt Theologie von einem feministischen oder, wie sie sagt, nicht-patriarchalen Standpunkt des Islam aus. Sie ist, wie vorne erwähnt, Professorin für Islamische Studien und stammt aus einer muslimischen Familie aus Lahore, Pakistan. 1974 lehrte sie in USA an der Oklahoma "Still Water" University, sollte als faculty adviser arabische Studenten, v. a. aus Saudiarabien, beraten; es wurde ihr kein anderes Thema als "women and islam" zugebilligt. Es gäbe nichts zum Status von Männern im Islam, ihr Quellenstudium zeigt Diskrepanzen zwischen Koran und "patriarchaler" Tradition. Die ersten drei Jahrhunderte seien nicht konservativ gewesen, es gab viele herausragende Frauen. Dann machten es sich die Männer zur Aufgabe, den Status der Frau zu definieren.

Sie kehrte nach Pakistan zurück, wo schon seit 1979 mit General UH Haq ein Islamisierungsprozeß stattfindet. Bei schweren Verbrechen wird vor Gericht das Zeugnis von Frauen nicht gehört, es sei denn man reduziert die Schwere der Anschuldigung. Die daraufhin entstandene Frauenbewegung ist nicht in der Lage, die gegen Frauen gerichtete Gesetzgebung umzukehren. Sie beschloß, der Frauenbewegung die entsprechende 'Ideologie' zu liefern. Drei theologische Annahmen liegen ihrer Meinung nach der Diskriminierung in allen drei religiösen Mythen zugrunde: Adam Mann, Eva sekundär; Eva beging zuerst die Sünde; Eva wurde für Adam geschaffen; sie als Instrument, er als fundamental, und doch wurden sie vor Gott gleich geschaffen. Die erste Behauptung stehe nicht im Koran, jedoch in der Genesis. Im Koran gibt es 30 Geschichten über die Erschaffung der Welt, jedoch gibt es keinen männlichen Schöpfer.

6. Die Institutionalisierung der Frauenpolitik

Das Plenum zu "Approaches to governance, citizenship & political participation (strategies)", in dem es zu dem o.a. organisatorischen bzw. Grundsatzproblem kam, wurde von einer weiteren aus der Dritten Welt, aus Bangladesh, stammenden Professorin in den USA, *Rounaq Jahan*, Politikwissenschaftlerin an der Columbia University, moderiert. Sie war in den 70er Jahren in der ersten Women's Research and Study Group und in den 80er Jahren für die VN

im regionalen Bereich und dann für das globale Programm tätig. Sie sah jedoch keinen Erfolg, die UN-Organisationen zu verändern und ging daher zu-

rück an die Universität. Sie stellt in den letzten 20 Jahren keinen Fortschritt auf dem Gebiet der Regierungsführung (governance) fest: 40% der Erwerbstätigen sind Frauen, 6% in Regierungen, 11% in Parlamenten, 14% in Verwaltung und Management. In den letzten 7 Jahren war nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems sogar ein Rückgang von 25% zu verzeichnen. Hatten wir nicht die richtigen Strategien? Es geht nicht nur um Zahlen, jedoch müssen wir unsere agenda voranbringen und die Regierungen ändern. D.h., sie sieht drei Ebenen: Quantität, Veränderung der Politik, Durchsetzung unserer Themen. Haben wir die Regeln des Spiels nicht genügend in Frage gestellt? Konservative Kräfte, auch in den VN, sieht sie als Bedrohung. Die Globalisierung der Ökonomie und Technologie führe zur Herrschaft von einigen wenigen, zur Kontrolle des Kapitals, der Information. Es geht darum, die unsichtbaren Kräfte der globalen Steuerung transparent und rechenschaftspflichtig zu machen. *Remedios Rikken*, Philippinen, war früher Vorsitzende der Frauenförderinstitution in den Philippinen und leitet jetzt das Centre for Asia-Pacific Women in Politics, ist also wieder zurück in der NRO-Arbeit. In der staatlichen Frauenförderung hat sie den "Philipine Plan for Gender responsive Development 1995 - 2025" innerhalb des nationalen Planungssystems auf den Weg gebracht. Damit stellen sie jedes einzelne Programm der Regierung in Frage, jedoch als Partner, nicht als "watch dog". Sie wollen die notwendige Kompetenz für Frauenpolitik in den Behörden aufbauen;

ihre Hauptaufgabe sei es, die anderen Stellen zu unterstützen. Gender-Fachleute für einzelne Sektoren gäbe es bisher noch zu wenige, jetzt seien jedoch Gender & Development Studies in der Agrarfakultät eingeführt worden. Sie spricht von "making bureaucracy gender-responsive". Im Staatshaushalt 1995 wurde eine Sektion "The women's budget" eingeführt. Jetzt versucht sie, Frauen in die Politik zu bekommen; nur dann könne das Programm funktionieren - Global network of Women in Politics, mit fünf Regionalkongressen. Eine sehr viel weniger optimistische Analyse der Implikationen der Institutionalisierung von Frauenförderung in der (v.a.) Dritten Welt und den Entwicklungsorganisationen des Nordens wurde in einer von Wissenschaftlerinnen und Frauenpolitikerinnen im Umfeld des IDS (Institute of Development Studies, Brighton) und der Overseas Development Group organisierten Veranstaltung vorgenommen (Goetz 1995, Smyth 1995).

In der Aktionsplattform wird diese Institutionalisierung zwar weiterhin gefordert (World Conference 1995, Kap. V, S. 122 - 130), jedoch die bisherigen Erfahrungen werden nicht kritisch in Frage gestellt. Es geht hier eher um eine recht pragmatische Zuordnung der Verantwortung - nach wie vor liege sie bei dem Staat (S. 123, § 293) und den staatlichen Förderinstitutionen. Welch geringes Demokratieverständnis in diesem internationalen Technokratieambiente vorhanden ist zeigt die Erwähnung "anderer institutioneller Akteure", die zur Unterstützung und Beteiligung aufgerufen werden, worunter dann "Parlamente" (sic!) und (hier zum ersten Mal erwähnt) akademische und Forschungsinstitutionen genannt werden (S. 123, § 295).

In der Diskussion wurden auf dieser Forumsveranstaltung durchaus unterschiedliche Erfahrungen genannt, wobei nicht nur die staatlichen Förderinstitutionen, sondern die für den Transfer von Ressourcen im Entwicklungskontext international sehr wichtigen allgemeinen, d.h. nicht geschlechtsspezifisch arbeitenden Nicht-Regierungsorganisationen angesprochen wurden. In Bangladesh z.B. soll in einer großen NRO ein Anteil von 20% Frauen durchgesetzt werden. Tatsächlich schieden in den unteren Rängen in den letzten drei Monaten 5 Frauen aus, in den höheren Rängen gibt es keine. Hier wird die Frage der Legitimation dieser großen NROs aufgeworfen; es gäbe keine Rechenschaftslegung nach unten, gerade auch nicht gegenüber der Frauenbewegung.

Die typische NRO-Kultur sei durch charismatische Führung und erratisches Management gekennzeichnet und dadurch besonders schwierig für Frauen. Viele große Organisationen werden von Männern geführt, die entscheiden, was Frauen brauchen. Man sage, Frauen seien nicht effizient; es werden Beispiele für eine andere Art der Effizienz der Arbeit (z.B. mit Kindern im Feld) genannt. Die Geber ändern nichts daran, die meisten ihrer Organisationen werden auch von Männern geführt, außer den Frauenförderstellen. Dieser Gesichtspunkt muß in der Analyse der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle spielen, es gibt noch sehr wenig empirische Grundlagen.

In der Regierungskonferenz wurde beschlossen, bis zum Jahre 2000 50% der Führungs- und Entscheidungspositionen im UN-System mit Frauen zu besetzen. Tatsächlich wurde eingeräumt, daß trotz des vom Wirtschafts- und Sozialrat der VN vereinbarten Ziels eines Frauenanteils von 30% in Entscheidungspositionen bis 1995 wenig erreicht wurde.

7. Frauen und Zivilgesellschaft, das Beispiel Afrikas

Ein wichtiges Thema war das in der Aktionsplattform der Konferenz als eines der Hauptziele angesprochene der Partizipation von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen. Wie gesagt, in bezug auf Asien wurde hier ein Netzwerk gegründet, das offensichtlich sehr strategisch und klug vorgeht. (In der Plenarveranstaltung zu dem Thema sprach, wie erwähnt, die Vorsitzende, die ehemalige Leiterin der philippinischen Frauenförderbehörde.) Auch die Afrikanerinnen diskutierten überall zu dem Thema, auch wenn der Tenor sehr enttäuscht war, es gäbe eher eine Verschlechterung nach den Einparteienregimen, die Männer setzten keine Frauen auf die Parteilisten, Frauen hätten kein Geld für den Wahlkampf. Es wurde völlig unhinterfragt davon ausgegangen, daß man reich sein müsse, um gewählt zu werden, d.h. die Venalität in der Politik wurde in einem erstaunlichen Pragmatismus vorausgesetzt.

Besonders beklagt wurde, daß Frauen Frauen nicht wählen würden, teilweise wurde angedeutet, daß Männer die Frauenstimmen kaufen. Überall wurde auch im weiteren Sinne die fehlende Unterstützung von Frauen für Politikerinnen erwähnt, es gäbe keinerlei Solidarität. Viele berichteten, daß sie gerade gegen die Stimmen von anderen Frauen an bestimmte Positionen (z.B. Vorsitz Juristenverband) gekommen seien. Es wurde auch Kritik an den Frauen geübt, die bereits im politischen Feld agieren, kaum seien sie gewählt, würden sie keine Frauenthemen mehr vertreten.

Eine Kenianerin bezeichnete es jedoch als zu widerlegendes Vorurteil, daß Frauen nicht zusammenarbeiten würden. Sie lancierte einen Appell, daß Aktivistinnen, die in den Genuß einer Bildung gekommen seien, doch für Parlamentarierinnen Reden schreiben, die, das steckte dahinter, nicht in den Genuß einer entsprechenden Bildung gekommen waren und nicht den gleichen Zugang zu Information und Wissen hätten, wie die männlichen Mitglieder der politischen Klasse. Diesen gälte es jedoch zu schaffen. Die Ohnmacht von Politikerinnen, selbst wenn sie - von Männern - zur Ministerin gemacht wurden, wurde betont. Eine ehemalige Ministerin aus Niger berichtete, daß der von ihr eingebrachte Entwurf zur Grundbildung, gerade auch für Mädchen, zunächst von den Frauen in der Regierung abgelehnt worden sei.

Teilweise wurden die Chancen von Frauen in den (in vielen afrikanischen Ländern nach der Demokratisierungswelle extrem zahlreichen) politischen Parteien deshalb als so gering angesehen, weil die Frauenbelange dort "manipuliert" würden und daher eigene Frauenparteien gegründet (Benin) oder zumindest Frauenlisten aufgestellt (Kamerun) würden. Sehr oft wurde von der Notwendigkeit gesprochen, geeignete Frauen zu ermutigen, in die Politik zu gehen.

Was im afrikanischen Diskurs fehlt, ist erstaunlicherweise eine Diskussion über die Macht an der Basis, z.B. im Rahmen der jetzt überall, auch mit Entwicklungszusammenarbeit, propagierten Dezentralisierung und Stärkung der lokalen Selbstverwaltung.

Immer wieder wurde betont, daß Frauen vor allem gegen undemokratische Regime und den Widerstand der Männer kämpfen sollten. Ein Mitglied der verfassunggebenden Versammlung in Sambia betonte, daß es wesentlich sei, Bestimmungen gegen "schädliche Praktiken gegen Frauen" (sie bezog sich vor allem auf die Praxis des "Erberaubes" (property grabbing) der Familie eines verstorbenen Ehemannes) aufzunehmen, da sonst keine Grundlage bestünde. Selbstkritisch wurde von der Koordinatorin des in Burkina Faso beheimateten Netzwerks REFAD die grundsätzliche Zurückhaltung der Frauen gegenüber der Politik aufgezeigt, die als "männliches Übel" angesehen würde und entmystifiziert werden müsse.

Im Hinblick auf eine Vernetzung der Frauenbewegungen, die im Sinne einer regionalen Zivilgesellschaft und damit sicherlich als politisch wichtig für den nationalen Bereich angesehen wird, scheint in Afrika seit Anfang der 90er Jahre und besonders in der Vorbereitung zu Peking einiges erreicht worden zu sein. So wurde von REFAD, dem Réseau Femmes Africaines et Droits Humains (Sitz in Burkina Faso, Ouagadougou), eine mit Unterstützung der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungszusammenarbeit EZE hergestellte Veröffentlichung zu Frauen und Menschenrechten vorgestellt (REFAD 1995), was im Rahmen der beteiligten Länder und Frauen (Mali, Burkina Faso, Togo, Elfenbeinküste) ein sehr wichtiger Schritt ist in Richtung auf Vernetzung, aber eben auch zur Schließung der Kluft zwischen Basis und Intellektuellen.

AAWORD African Association of Women for Research and Development, deren Mitglieder Vertreterinnen der afrikanischen Frauenforschung, insbesondere Consultants sind, organisierten während der gesamten Forumszeit Diskussionsveranstaltungen im Afrika-Zelt, die sehr interessant gestaltet und gut besucht waren. Sehr erfreulich war das sonst zwischen Vertretern aus dem franko- bzw. anglophonen Afrika nicht völlig selbstverständliche, selbstorganisierte Dolmetschen zwischen Englisch und Französisch.

Von der Winrock Stiftung in USA wurde (weltweit) ein Programm aufgelegt, das in Afrika die Organisation African Women Leaders in Agriculture and Environment AWLAE gegründet hat (Newsletter, no. 1, Aug. 1995). AWLAE wird als Programm für Führungskräfte bezeichnet und richtet sich an "weibliche Fachkräfte, Akademikerinnen, deren Arbeit und Institutionen das Leben und die Produktivität von Bäuerinnen beeinflussen durch Agrar- und Umweltforschung, Management, Ausbildung, Beratung, Technologietransfer und Privatunternehmen." Damit wird tatsächlich ein Hauptproblem in Angriff genommen, nämlich die Brücke zwischen Oberschicht-/Stadt- und Landfrauen, zwischen 'modernem' Wissen und Lebenswelt der Frauen. Strategien sind die Vorbereitung von Frauen für Führungspositionen, Schaffung einer angemessenen Institutionenumgebung (institutional enabling environment), Schaffung dauerhafter Mechanismen (AWLAE ist 1989 vorläufig für 10 Jahre gegründet worden; es soll danach durch lokale Strukturen übernommen werden). In allen mitarbeitenden Ländern gibt es National Action Committees (NACs), Professional Associations of Women in Agriculture and Environment (Uganda, Kenya), Gender Centres in verschiedenen nationalen Institutionen und Ausbildungseinrichtungen.

Sehr interessant und von großem Pessimismus zeugend in Bezug auf die Einschätzung der Afrikanerinnen hinsichtlich der Geschlechterordnung in der Zivilgesellschaft war bei einer Beniner

Veranstaltung die Auseinandersetzung der Rednerin, der Vorsitzenden der Beniner Frauenverbände (sehr regierungsnah), in der Diskussion mit zwei Beniner Männern, die als Geschäftsführer zweier großer Beniner NROs anwesend waren und sehr selbstsicher, wenn auch bescheiden ländlich orientiert auftraten. Sie machte v. a. dem einen (beide waren frühere Staatsbeamte) den Vorwurf, sich an ihre Positionen zu klammern, sie sollten jetzt den Platz freimachen für Frauen. Ganz hart wurde sie, als sie ihnen den Vorwurf machte, sie würden den Frauen sagen, was sie wählen sollten (gemeint war, als Gegenleistung zu den Projektleistungen). Der Angesprochene verstand nicht wirklich die Problematik, er wiederholte immer das Argument, daß sie den Frauen "helfen" würden. Aber seitens der Frauenverbandspräsidentin kam klar Neid zum Ausdruck wegen der Mittel für Frauenförderung aus dem Ausland von Gebern, die möglicherweise NROs vorziehen, die "Fachmänner" beschäftigen.

An dem breiten Spektrum ist zu erkennen, wie wichtig und neu diese Vernetzungen für Afrika sind, wo die bewaffneten Konflikte und anomischen Gesellschaftssituationen immer mehr zunehmen. Dieses ist das erste Mal, daß Frauen überhaupt wagen, in der internationalen Öffentlichkeit Stellung zu beziehen. Sehr wichtig war z.B. das Tribunal, auf dem Frauen aus Ruanda über die Greuelthaten berichteten - obwohl ein gleichzeitig in der internationalen Presse lancierter Bericht über die Beteiligung von (meist formal gebildeten) Frauen an diesen Taten weit über die afrikanische community hinaus betroffen machte.

Repräsentantin dieses neuen Diskurses von Afrikanerinnen, den es so bisher nicht gab ist die international bekannte (sie ist Mitglied der letzten Nord-Süd-Kommission) Vorsitzende der Green Belt Movement in Kenia (mit weiterem Sitz in USA), Wangari Maathai (1995). Sie spricht von der Notwendigkeit neuer Gesellschaftsvisionen und einer Wertediskussion für Afrika, beteiligt sich dabei an einem globalen Diskurs von Gleichgesinnten, trennt nicht mehr in Umwelt-, Frauen- und Menschenrechtsbewegung. Ihr geht es darum, gemeinsam gegen den Export von Giftmüll, die Folgen der Gentechnologieentwicklung etc. zu kämpfen, wobei insbesondere das Hereintragen von Information in ihre Gesellschaften, insbesondere für die Frauen, wesentlich ist. Schutz der natürlichen Ressourcen, Kampf gegen den Hunger und Verbesserung der ökonomischen Position der Frauen sind ein zusammenhängendes Programm. Sie sagte in der Diskussion, daß es ihr nur wegen der hier anwesenden Frauen, z.B. aus der internationalen Frauenbewegung, möglich sei, in dem sehr eingeschränkten Demokratisierungsprozeß in ihrem Land zu agieren.

In für Afrika ganz ungewöhnlicher Weise werden auch Fragen der Herrschaft angesprochen. Winnie Karagwa Byanyima, Mitglied der verfassunggebenden Versammlung in Uganda, betont die neuen Chancen, die der Übergang von einem diktatorischen Regime auch für Frauen bietet, weist aber auch auf die Gefahr hin, daß die neuen Regime wieder die Frauen marginalisieren und mit einer kleinen Clique von Privilegierten funktionieren. Sie fordert mehr politischen Raum für die Frauen, denn nur dann kann sich entscheiden, ob Frauen Handelnde oder Opfer sind. Sie fordert, interessant ist hier wieder die Forderung, quer zu den politischen Parteien zu agieren, die im Moment in Afrika so im Mittelpunkt stehen, die Konstitution einer Zivilgesellschaft zwischen Staat und Markt. Auch sie spricht von der Notwendigkeit einer spirituellen Erneuerung und weist daraufhin, daß das Sich-Berufen auf die Traditionen jetzt gegen die Frauen gewendet wird. Ihre Kollegin und derzeitige Vorsitzende des ugandischen Frauenverbandes, Miria Mtembe, spricht ebenfalls über die Notwendigkeit der guten Regierungsführung (es wird allgemein von "governance" gesprochen), darüber hinaus ist sonst im internationalen Demokratisierungsdiskurs von "good governance" die Rede, im Forum wird der Begriff teilweise lediglich auf die

Beteiligung der Frauen an dem politischen System bezogen, der Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Rechte und die politische Partizipation. Sie vertritt (noch), nach-

dem das ugandische Frauenministerium über keine Ressourcen verfügt hatte, die Notwendigkeit einer Restrukturierung in bezug auf Frauenpolitik, um in den "mainstream" zu kommen. In Afrika gibt es also zwar die Forderung nach "Säuberung" der Politik, wie sie sagt, durch die Frauen und nach Wertewandel, jedoch keine echten Vorbehalte gegen ein Eintreten in das System.

Eine dritte Uganderin, *W. Karagwa Byanyima*, konstatiert, daß Afrika von der globalen, auf Wissen beruhenden Wirtschaft ausgeschlossen sei. Sie fordert, die Gesetze der globalen Ökonomie zu verändern, verlangt ein "global System of governance", also eine angemessene Weltordnung, und sieht die Frauen als "Nukleus der globalen Zivilgesellschaft", die wählen können sollen, ob sie daran teilnehmen wollen.

Im Gegensatz zu der allgemeinen NRO-Begeisterung auf dem Forum stand eine kritische Analyse von *Patricia McFadden*, der DAWN-Vertreterin aus Zimbabwe, die den NRO nicht die Rolle einer Zivilgesellschaft zuerkannte, sondern die Meinung vertrat, daß diese aufgrund des für Afrika nachteiligen und ausschließenden Globalisierungsprozesses lediglich eine Ersatzfunktion für die staatlichen Dienstleistungen wahrnehmen. Ich selbst würde hier differenzieren und sagen, daß NRO auch (teilweise mit staatlichen Mitteln, aber auch mit lokal mobilisierten Ressourcen) Dienstleistungen ausführen könnten, nicht der Staat selbst alles tun muß im sozialen Bereich. Die NRO-Repräsentantinnen der afrikanischen Region sind diejenigen, die sich am engsten an ihren offiziell eingereichten Regional-Plan anschließen und die vorsichtigsten Forderungen stellen. In ihrer Abschlußveranstaltung verlangen sie - vertreten durch *En Joki Sukina Dia Ba* - eine "gleichberechtigte Partnerschaft mit den Männern, dauerhaften Frieden, afrikanische Solidarität, Anwendung des Gender-Ansatzes auf allen Ebenen und in allen Sektoren, die Stärkung der Politik durch die NRO, die Nutzung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen durch die Afrikaner" - in dieser Reihenfolge. Kritischer äußern sie sich nach außen, sprechen gegen ein von außen aufgedrücktes Entwicklungsmodell, das nie zum Erfolg führen könnte, gegen die "Sklaverei des IWF". Sie konstatieren, daß im Laufe der Krise neue Formen des Patriarchats entstanden sind, die die Frauen von den Märkten fernhalten und sie in der Entwicklung und Entscheidungsfindung an die zweite Stelle setzen und sie Opfer von Gewalt werden lassen. Die Umsetzung der Strukturanpassungsprogramme führe zu sozialer Unordnung. Besonders werden die Möglichkeiten der Frauen zur Konfliktbewältigung hervorgehoben, ebenso wie die der NROs, die als Teil der Zivilgesellschaft darüber wachen sollen, daß Mädchen tatsächlich zur Schule gehen können - das ist eine große Sorge -, und die diskriminierende Gesetze aufzeigen. Das Harmoniebedürfnis - oder die Beruhigung an die dominante Geschlechterordnung - ist groß; man fordert "Solidarität mit den Regierungen" zur Umsetzung der Pekinger Plattform. Zum Abschied sagt die Moderatorin diplomatisch "God bless you. Our struggle continues" ...

Literatur

- AAWORD Association of African Women for Research and Development, Dakar, Women and democratization in Africa. A perspective document prepared by ... for presentation at the Dakar PreCom NGO Forum '94 of the UN World Conference on Women, Beijing '95
- African Women Leaders in Agriculture and Environment AWLAE, Gender News, Newsletter, no. 1, Aug. 1995, Program Winrock International
- Anderson, Mary, 1993, Women on the agenda: UNTFEM's experience in mainstreaming with women 1985-1990, New York N.Y.; Unifem UNDFfW
- APWIP newsletter Bulletin of the Asia-Pacific Women in Politics Network, vol. 2, 1, summer 1995, Women leaders, new visions, a better world. APWIP Secretariat, Centre for Analysis and Choice, Dhaka Bangladesh
- APWIP Asia Pacific Women in politics network, Gender and Development research Institute GDRI (Suteera Thomson), 1994, Putting gender issues on the policy agenda: strategies and action from Asia and the Pacific, Workshop proceedings, Sept. 25 - 29, Bangkok/Thailand
- Berichte der 12 Arbeitsgruppen des deutschen Nationalen Vorbereitungskomitees für die 4. Weltfrauenkonferenz, 1994, Bonn: Geschäftsstelle zur Vorbereitung ..., c/o Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 1994, Bericht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die 4. Weltfrauenkonferenz Peking 1995, Bonn (s. auch Berichte der 12 Arbeitsgruppen ...)
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, (1990), Förderung von Frauen in Entwicklungsländern. Entwicklungspolitik Materialien Nr. 80
- DAWN Development Alternatives from Women for a New Era, 1995, Securing our gains and moving forward to the 21 st Century, Vivienne Wee, Barbados: WARD
- Daughters of the Earth. The environment and development collaborative web, incl. the 2nd World women's congress for a healthy planet, NGO Forum on women, Huairou, WEDO Women's Environment & Development Organization, New York USA
- DSE, Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung, United Nations, 1995, Das wirtschaftliche Potential von Frauen als Weg aus der Armut. Bericht in Vorbereitung für die 4. Weltfrauenkonferenz, Sept. 1995, Beijing, Bonn/Königswinter 27. - 30.11.1994, Berlin: Entwicklungspolitisches Forum
- Earth Negotiations Bulletin. A reporting Service for environment and development negotiations, 1995, Summary of the fourth World Conference on Women: 415 September 1995, vol. 14, no. 21, 18.9., International Institute for Sustainable Development IISD
- ECA Economic Commission for Africa, UN Economic and Social Council, Fifth African Regional Conference on Women (1994) preparatory to the fourth World Conference on Women (1995), African Platform for Action, Dakar, Senegal 21-23 Nov. 1994 E/ECA/ACW/RC.V/CM/3
- Economic and Social Council of the United Nations, Draft Platform for Action, Commission on the Status of Women, Prepcon 15.3.-7.4.1995
- Goetz, Anne Marie, 1995, Institutionalising women's interests and gender-sensitive accountability in development, Introductory paper, in: IDS Bulletin (Brighton), Getting institutions right for women in Development, July
- Hamm, Brigitte, 1994, Menschenrechte für Frauen! INEF Report H. 8. Institut für Entwicklung und Frieden, Duisburg: Gesamthochschule
- (Das Zwölf-Punkte-Papier des) Heiligen Stuhls zur 4. UN-Weltfrauenkonferenz, 1995, Für Würde und

Wert der Frau, in: Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes, Bensheim, 46. Jg., Nr. 6, D 21263 F

Jahan, Rounaq, 1995, *The elusive agenda. Mainstreaming women in development*, New Jersey

Kabeer, Naila, 1994, *Reversed realities. Gender hierarchies in development thought*, London, New York: Verso

Lachenmann, Gudrun, 1992a, *Entwicklungspolitische Konzeptionen der Frauenförderung in Afrika*, in: R. Rott, Hrsg., S. 127 - 148

Lachenmann, Gudrun, 1992b, *Frauen als gesellschaftliche Kraft im sozialen Wandel in Afrika*, in: *Peripherie*, 12. Jg., Nr. 47/48, S. 74 - 93

Lachenmann, Gudrun, 1995, *Internationale Frauenpolitik im Kontext von Globalisierung und aktuellen Transformationsprozessen. Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie*, Working Paper 229, Bielefeld: Universität,

Lenz, Ilse, 1994, *Die neue Weltordnung der Geschlechter*, in: *laz*, S. 86-89

Löffler, Monika, Hrsg., 1993, *"Die Erde l(i)ebenswert gestalten". Frauen für eine neue Weltinnenpolitik. Dokumentation zur Tagung des Gustav-Stresemann-Instituts in Zusammenarbeit mit dem NRO-Frauenforum und der ESG BRD (W) Nov. 1992*, GSI Schriftenreihe Bd. 9, Bonn

Maathai, Wangari, 1995, *Bottle-necks of development in Africa. On the occasion of the 4th UN World Women's Conference in Beijing, China 30.8. - 15.9.1995*, Nairobi/Kenya: the Green Belt Movement, POB 67545

NRO-Frauenforum, *entwicklungspolitisches Frauennetzwerk*, 1995, *Memorandum des NRO-Frauenforums zur Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking*, Bonn 17.6., c/o Arbeitsst. Frauenforschung FB 4 Univ. Frankfurt, Senckenberganl. 13-17, 60054 Frankfurt

NRO-Frauenforum s. Löffler

REFAD *En route pour Beijing*, *Bulletin d'Information bimestriel*, nos. 3, 5, 6

REFAD *Reseau Femmes Africaines et Droits Humains / EZE (Evang. Zentralstelle für Entwicklungszusammenarbeit)*, 1995, *Droits et pouvoir politiques des femmes en Afrique. Vecu des femmes de quelques pays de l'Afrique de l'Ouest ayant le fran[^]ais en partage*, Ouagadougou

Rodenberg, Birte, 1995, *Frauen, Weltwirtschaft und Entwicklung; Eindrücke vom NGO-Forum der 4. WFK in Beijing*, Working Papier No. 255, Universität Bielefeld, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie

Rott, Renate, Hrsg., 1992, *Entwicklungsprozeß und Geschlechterverhältnisse. Über die Arbeits- und Lebensräume von Frauen in Ländern der Dritten Welt*. *ssip bulletin* 63, Saarbrücken, Fort Lauderdale: breitenbach

Ruf, Anja, 1996, *Weltwärts Schwestern! Von der Weltfrauenkonferenz in die gloabale Zukunft*, Bonn: J.H.W. Dietz

Sen, Gita, Caren Grown, 1988, *Development, crises and alternative visions. Third World Women's perspectives*. *New Feminist Library. DAWN*, New York: Monthly Review Press

Smyth, Ines, 1995, *Bevölkerungspolitik: offizielle Antworten auf deministische Einsprüche*, in: *Feministische Studien*, 13. Jg., Nr. 2, S. 92 - 106

United Nations, 1995, *Report of the Fourth World Conference ...*

UNDP United Nations Development Programme, 1995, Human Development Report, New York, NY 10017, deutsch: Bonn: UNO-Verlag

WEDO Women's Environment & Development Organization, Women's linkage caucus, 1995, Recommendations on bracketed text in the WCW draft platform for action (24 May, 1995 A/conf. 177/L1), July 1, New York: WEDO

Wee, Vivienne, Noeleen Heyzer, ass. by Aileen Kwa et al., 1995, Gender, poverty and sustainable development. Towards a holistic framework of understanding and action. ENGENDER Centre for Environment, Gender and Development Pte Ltd. Singapore; UNDP Reg. Bureau for Asia and the Pacific New York

Wichterich, Christa, 1987, Paradigmenwechsel: Von der "Integration in die Entwicklung" zur "Feminisierung der Entwicklung", in: Peripherie, Nr. 25/26, S. 122 - 142

Wichterich, Christa, 1992, Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio. Berichte, Analysen, Dokumente, Köln: Heinrich-Böll-Stiftung

Wichterich, Christa, 1994, Menschen nach Maß - Bevölkerung nach Plan - Die Neue Weltordnung der Fortpflanzung, in: dies.. Hrsg., S. 9 - 38

Wichterich, Christa, 1995, Frauen der Welt. Vom Fortschritt der Ungleichheit, Göttingen: Lamuv

Wichterich, Christa, 1996, Wir sind das Wunder, durch das wir überleben, Köln: Heinrich-Böll-Stiftung

WIDE Network Women in Development Europe, 1995, WIDE amendments, Proposals for consideration in the preparation of a draft declaration and the draft platform for action, Brüssel: WIDE office

Women's Global Leadership Program, Winrock International, Arlington USA

(Report of the Fourth) World Conference on Women, 1995, 4-15 September, Beijing Declaration and Platform for Action, preliminary version, United Nations A/CONF.177/20, 17 October